

schaftsordnung bestehen : die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die gegenwärtig noch von den Imperialisten beherrschte westdeutsche Bundesrepublik, in welcher die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch einmal konserviert werden konnte. Der westdeutsche Staat war im Zuge der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Kräfte entstanden, um den gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten und im Herzen Europas eine imperialistische Aggressionsbasis zu schaffen (vgl. Erläuterung zur Präambel). Die Deutsche Demokratische Republik war aus der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden hervorgegangen; sie war im Kampf gegen die imperialistischen Spaltungspläne, für die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands entstanden. Seit ihrer Gründung hat sich die Deutsche Demokratische Republik für die Interessen der Nation und ihre Einheit eingesetzt. Entschieden trat sie dagegen auf, Westdeutschland durch die Pariser Verträge an die NATO und die aggressive amerikanische Globalstrategie zu ketten und damit vom deutschen Nationalverband abzuspalten. Mit zahlreichen Verhandlungs- und Entspannungsvorschlägen wandte sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung, das Parlament und das Volk in der westdeutschen Bundesrepublik. Diese Vorschläge wiesen die unter den jeweiligen historischen Bedingungen gangbaren Wege zur Annäherung und Verständigung der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands. Dagegen betrieben die herrschenden Kreise Westdeutschlands die immer engere Bindung ihres Separatstaates an das aggressive imperialistische Paktsystem und wiesen alle konstruktiven Vorschläge und Angebote der Deutschen Demokratischen Republik brüsk ab. Gleichzeitig schufen sie durch die Vorbereitung einer Notstandsdictatur in Westdeutschland die innenpolitischen Voraussetzungen für ihre gefährliche Expansionspolitik. Damit vertieften sie die Kluft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland immer mehr und bewiesen gerade damit, daß eine Vereinigung des sozialistischen Staates deutscher Nation mit dem kapitalistischen Westdeutschland unter der Diktatur des Monopolkapitals unmöglich ist.

Unverändert lehnt die westdeutsche Regierung die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, gleichberechtigte Verhandlungen und den Abschluß völkerrechtlich gültiger Verträge mit ihr ab. Sie betreibt eine Politik der Feindschaft und der Diskriminierung gegen die Deutsche Demokratische Republik und